

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt“

Erstausgabe: 1. September 1922. — Sonntagsausgabe: 1. September 1922.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt“ Nr. 409-50.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: M. 104.—, in den Ausgabenstellen: M. 107.—, durch die Träger ins Haus gebracht: M. 115.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsstellen keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreis: Örtliche Anzeigen M. 12.—, Provinz- und Auslands-Anzeigen M. 18.—, auswärtige Anzeigen M. 24.—, örtliche Anzeigen M. 36.—, auswärtige Anzeigen M. 50.— für die einseitige Aufnahme. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Ermäßigung. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr abends. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Marienplatz 15300.

Samstag, 2. September 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 409. • 70. Jahrgang.

Das Ausweichen vor der Entscheidung.

Die Reparationskommission, deren Entscheidung mit einer am Dollarkurs merkbaren Spannung entgegengesetzt wurde, hat den „edlesten Teil der Tapferkeit“ erwählt. Sie ist vorsichtig gewesen und hat sich um ein Ja und Nein gedrückt. Ob das alles Regie und vorher verabredet gewesen ist, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Da es aber der Entente, fürs erste aus einer sehr kritischen Lage hilft, könnte das Ergebnis schließlich anders sein, wenn es auf das sorgfältigste vorbereitet worden wäre. Was ist das Ergebnis? Die Kommission hat mit drei gegen eine Stimme das von Deutschland nachgesuchte Moratorium abgelehnt, aber sie hat Belgien auf dessen Vorschlag die Vollmacht erteilt, mit Deutschland wegen der bis Jahresende fälligen Reparationsraten im Gesamtbetrag von 270 Millionen Goldmark in direkte Verhandlungen zu treten. Statt der Barzahlungen soll Deutschland an Belgien deutsche Schatzwechsel mit sechsmonatiger Laufzeit geben, für deren Einlösung Deutschland entweder ausreichende, von Belgien angenommene Garantien oder ein in einer ausländischen Bank untergebrachtes Golddepot stellen soll. Die Entscheidung über das von Deutschland eingereichte Stundungsgesuch im allgemeinen und die damit zusammenhängenden Fragen schiebt die Reparationskommission bis hinter die Durchführung einer ausreichenden Finanzreform hinaus. Es soll dann im Spätherbst eine große neue Konferenz den ganzen Komplex der mit der Reparation und der europäischen Verschuldung zusammenhängenden Fragen aufs neue beraten.

Es ist kein Zweifel, daß dieses Ausweichen der Reparationskommission in erster Reihe den Zwecken der Entente dient. Deutschland muß zwar im Augenblick in bar nichts zahlen. Es gibt Schatzwechsel, die es aber in sechs Monaten in Gold einlösen muß. Aber das, was wir unbedingt brauchen, eine Herabsetzung unserer Reparationslast und eine internationale Anleihe, um eine Sanierung unserer ganzen Wirtschaft durchführen zu können, bleiben wir im Unklaren bis nach der großen Konferenz im Herbst, und die Art, wie das Ausgleichsverfahren in Zukunft geregelt werden soll, wird ganz überlassen. Klarheit erhalten wir also gar nicht, und nur das hören wir, daß wir sechs Monate lang vor neuen Drohungen Poincarés, die unsere Währung immer in namenloser Weise geschädigt haben, Ruhe haben werden. Dann freilich stehen wir wieder vor der jetzt schon drohenden Frage, wie wir die jetzt auf Schatzwechsel gestundeten 270 Millionen Goldmark zahlen sollen. Die Entente mag glücklich sein, daß auf dem von den Belgiern angetragenen Wege die Sprengung der Kommission und der Entente noch einmal abgewendet worden ist, was unzweifelhaft eingetreten wäre, wenn entweder das Moratorium gegen den Widerspruch Frankreichs bewilligt oder gegen den Widerspruch Englands ohne Erfolg abgelehnt worden wäre. Jetzt hat man abgelehnt, aber doch nur der Form nach. Denn die Bezahlung der Reparationslast durch Schatzwechsel ist ja, wenn man will, auch eine Stundung. So hat also Poincaré seinen Willen gehabt; denn es ist kein Moratorium bewilligt worden — und England auch; denn es ist doch eines bewilligt worden.

Der Entente hat die Entscheidung der Reparationskommission mindestens ebensoviel Sorgen gemacht wie Deutschland, das nachgerade so weit herunter ist, daß ihm wie dem Steinkopferhans „nichts geschieden“ konnte. Darum hat sie ihren ganzen Witz aufgewendet, um eine Bewilligung des Moratoriums zu — verhindern. Denn die Abstimmung stand eigentlich so fest, daß Stimmengleichheit zu erwarten war oder die neue schwierige Frage aufgetaucht wäre, ob das den Vorschlag führende Frankreich den Stichtag haben sollte. So enthielt sich Italien der Stimme und nun galt das Moratorium als abgelehnt und die Katastrophe war vermieden. Denn es wäre in der Tat für beide Teile der Entente eine sehr üble Lage geworden. Beide misstrauen und beide fürchten einander. Es gibt der englisch-französischen Gegensätze so viele, daß man eben wegen dieser scharfen Gegnerschaft Angst vor der Trennung hat. Frankreich und England müssen Bundesgenossen oder Feinde sein. Daß sie trotz ihrer natürlichen Gegnerschaft vor zwanzig Jahren Bundesgenossen gegen Deutschland geworden sind, konnte nur eine so talentvolle Politik wie die des nachbismarckischen Deutschland zustandebringen.

Aber die Vertagung des großen Krachs, die ein Stöhen an die Vertagung des einstigen Gegenjahres in Deutschland zwischen Österreich und Preußen erinnert — die Auseinandersetzung ist nachher doch gekommen — liegt auch im Interesse Europas. Ein neuer schwerer Konflikt, ob kriegerisch oder nicht, würde Europa ganz vernichten. Das muß verhindert werden, solange es

geht, auch im Interesse Deutschlands. Denn ob auch auf lange Sicht die französische Politik Schiffbruch erleiden muß — das Ergebnis ist ganz sicher —, so müßte doch fürs erste Deutschland durch ein Fegfeuer hindurch, das unser staatliches Leben vielleicht vollends vernichten könnte. Darum ist es auch sehr fraglich, ob Deutschland die Entscheidung, vor die es gestellt ist, jetzt mit Nein beantworten soll. Das Argste ist abgewendet. Bisher haben wir mit der Politik des Zeitgewinns keine schlechten Geschäfte gemacht. Deutschlands Einheit ist bestehen geblieben, während bei der Katastrophentheorie, die von den Deutschnationalen empfohlen wird, uns sicher der Teufel geholt hätte. Es ist natürlich schwer für Deutschland, Verpflichtungen zu übernehmen, die es in seiner heutigen Lage nicht erfüllen kann. Es ist auch fraglich, ob man sich mit Belgien über die zu leistenden Garantien wird einigen können. Ist das aber der Fall, so wird es doch wohl immer noch das Beste sein, nicht die Entente geschlossen gegen uns ins Feld zu rufen, was bei einer Ablehnung sicher der Fall wäre, sondern auf die Entente-Politik des Scheins und der Formeln einzugehen und den Zeitgewinn als einen tatsächlichen Gewinn für unsere Sache anzusehen!

Die Beschlüsse des französischen Ministerrats.

D. Paris, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung von dem Beschluß der Reparationskommission Kenntnis genommen. Der Rat hat sich bis zur Durchführung des Beschlusses seine Handlungsfreiheit vorbehalten. Am Schluß der Sitzung wurde folgende Mitteilung veröffentlicht: Poincaré hat dem Ministerrat den gegenwärtigen Stand der außenpolitischen Lage auseinandergesetzt. Da die Reparationskommission Deutschland das Moratorium nicht ausser Acht hat, ist der Ministerrat der Ansicht, daß er für den Augenblick nur von dem Beschluß Kenntnis zu nehmen hat. Da Belgien, das infolge seines Prioritätsrechts die nächsten Zahlungen bekommen soll und die von der Reparationskommission angenommenen Modalitäten nicht nur angenommen, sondern selbst vorgeschlagen hat, ist der Ministerrat der Ansicht, daß er sich keine Handlungsfreiheit vorbehalten muß, bis die vorgeschlagenen Bedingungen durchgeföhrt sein werden. Getreu dem vom Ministerratspräsidenten in London unterbreiteten Gedanken hat der Ministerrat beschlossen, darauf zu drängen, daß sobald wie möglich eine Konferenz veranlaßt wird, zu der alle Alliierten ohne Ausnahme einladen wären und die die Frage der interalliierten Schulden und die Reparationen in ihrer Gesamtheit zu prüfen haben werden. Der Ministerrat hat außerdem den Text der Antwort auf die Note Lord Balfours über die interalliierte Schuld ausgearbeitet. Der nächste Ministerrat wird am kommenden Donnerstag und der nächste Ministerrat am 22. September stattfinden.

Es verlautet noch, daß die Sitzung einen sehr erregten Charakter hatte. Poincaré soll am Schluß der Sitzung einen heftigen Kopf geschüttelt haben. Von seinen Kollegen soll er wegen seines neuen Ausdrucks heftig angegriffen worden sein.

Tubois erklärte auf die Frage, ob eine Einigung im Ministerrat erzielt worden sei: „Eine Einigung, so ja, man kann es vielleicht auch mit dieser Bedingung ausdrücken.“ — Es wird die Ansicht ausgesprochen, Poincaré habe sich im Ministerrat eine „Genußnahme“ für seine Rolle in London geholt, indem er einen Beschluß durchsetzte, durch den die Regierung die Entscheidung der Reparationskommission lediglich einstweilen zur Kenntnis nimmt, ihre Haltung aber von einer betrieblichen Regelung der in dem Beschluß der Reparationskommission offen gelassenen Frage der Sicherheiten, für die von Deutschland zu übergebenden Schatzwechsel abhängt.

Der „Intransigent“ schreibt: Alles ist durch den gestrigen Beschluß nicht gelöst worden. Neue Schwierigkeiten können bei den deutsch-belgischen Verhandlungen auftreten. Man sieht schon jetzt den Kern des deutschen Standpunktes. Berlin wird, da die Reichsbank autonom ist, das Recht für sich beanspruchen, sich jeder Geldverschickung ins Ausland zu widersetzen.

Küßbäume in den deutschen Kohlenlieferungen.

W. T. B. Paris, 2. Sept. Wie das „Petit Journal“ meldet, hat der Minister für die öffentlichen Arbeiten im gestrigen Ministerrat seinen Kollegen Mitteilungen von neuen Küßbäumen in den deutschen Kohlenlieferungen gemacht, welche der Reparationskommission zur Kenntnis gebracht werden.

Staatssekretär Schröder noch nicht in Berlin eingetroffen.

Br. Berlin, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Da Staatssekretär Schröder, der um 6 Uhr wieder in Berlin eintreffen sollte, noch nicht zurückgekehrt war, nahm das Kabinett davon Abstand, an der vorgelagerten Entscheidung der Reparationskommission Stellung zu nehmen. Staatssekretär Schröder wird spätestens im Laufe des heutigen Tages eintreffen. Nach seiner Ankunft wird das Kabinett sofort zusammenzutreten. In der gestrigen Besprechung beschloß man sich mit laufenden Angelegenheiten.

Delacroix und Bismarck reisen nach Berlin.

W. T. B. Paris, 2. Sept. Wie das „Journal“ meldet, beabsichtigen Delacroix und Bismarck am Montagabend nach Berlin, um die Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Schatzwechselangelegenheiten zu eröffnen. Man rechnet damit, r11ch zum Ziele zu kommen und am Mittwochabend wieder zurück zu sein.

Zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage.

W. T. B. Berlin, 1. Sept. Im Rahmen der von der Reichsregierung unternommenen Aktion zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage sind vom Reichsarbeitsministerium eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet worden. Die Renten-Empfänger aus der Invaliden- und Angelegenheitenversicherung erhalten bisher schon neben der erhöhten Rente laufende Unterstühtungen. Zu außerordentlichen Notstandsmassnahmen für sie stellt das Reich jetzt außerdem eine Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden, oder beide zusammen, sollen dazu aus eigenen Mitteln wenigstens 1/2 der auszumachenden Beiträge beisteuern, so daß rund 1,2 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Linderung der gegenwärtigen Notlage der Sozialrentner alsbald verwendbar sind. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Aufbesserung der Leistungen durch Herabsetzung der Höchstgrenzen für die Bemessung des Grundlohnes vorgesehen; außerdem wird die Versicherungsgrenze und einiger für die Berechnung der Leistungen maßgebender Beträge erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Versicherungsgrenze erweitert. Die Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinrentner wurden von 500 Millionen Mark auf eine Milliarde Mark erhöht. Die Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die durch das Gesetz vom 21. Juli mit Wirkung vom 1. August 1922 ab neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für September um durchschnittlich 66% Prozent erhöht. Außerdem soll noch im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte der am 1. September zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen wird, so daß die Teuerungszuschüsse gegenüber den Augustbeträgen insgesamt um rund 140 bis 200 Prozent erhöht sein werden. Die Reichsmittel der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge wurden bereits von 500 Millionen auf eine Milliarde Mark erhöht.

Maßnahmen gegen die Teuerung.

Br. Berlin, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Das preussische Staatsministerium befaßte sich in seiner Kreisversammlung ausschließlich mit den Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers und der Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt und bei lebensnotwendigen Artikeln. Als taugliche Mittel zur Durchführung der Bemühungen wurden u. a. angelehnt: Wiedereinführung des Zwangs zur Preisangabe, Wiedereinführung sämtlicher Waren, die Notwendigkeit der Einschränkung der Ausfuhr von Wein und Likören, vor allem Konsumsgegenstände für Neuproduktion von Wein, wurde einstimmig anerkannt. Ebenso wurde ein umfassender Ausbau der für den Winter geplanten Volksküchen und Massenverpflegung erörtert. Die Reichsregierung wird aufgefordert, zur Sicherung der Zucker- und Margarineversorgung auch vor den einschneidenden Maßnahmen nicht zurückzutreten und gegen den Ausverkauf Deutschlands mit allen Mitteln einzuschreiten. Das Ministerium des Innern wird bereits dieser Tage einige Verordnungen erlassen, die in der Richtung der diskutierten Vorstöße liegen.

Reichsminister Schmidt äußerte sich über die Maßnahmen gegen die Teuerung einem Korrespondenten gegenüber u. a.: Soweit das Reichswirtschaftsministerium unabhängig ist, seien die notwendigen Maßnahmen bereits erfolgt. Die Veröffentlichung gegen die Erhöhung der Ausfuhrabgabe sei ergangen. Auf dem Gebiet der Ernährung habe zunächst wiederum der Getreideumlagepreis zur Entscheidung. Gegen die Schlemmerei sei ein neues Gesetz ausgearbeitet, das die Konsumssteuer verhöre. Beim Zucker würde die Rückkehr zum Zwangswirtschafts unmöglich sein. Auf Finanzpolitischen Gebiet seien bisher noch keine Entscheidungen getroffen außer der Preisenkontrolle. Gebraucht werden nach Ansicht des Ministers „wirkliche Goldschakwchsel, um der Marktlage entgegenzuwirken.“

Einem Vertreter des „Berliner Tagblattes“ wurden vom Reichs Ernährungsministerium Mitteilungen gemacht, nach welchen das Reichs Ernährungsministerium der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft im großen Rahmen ablehnend gegenübersteht. Das Reichs Ernährungsministerium sei bereit, über das Erlaß des Landbundes, den Getreideumlagepreis zu erhöhen, mit dem Ausfluß der den Preis für das nächste Umlagegebiet festzusetzen, zu beraten. Sollte man sich auch für eine Preis-erhöhung des ersten Umlagegebietes entscheiden, so werde der beauftragte Preis selbstverständlich nachgezahlt werden.

Die Spitzenorganisationen fordern neue Verhandlungen mit der Reichsregierung.

Br. Berlin, 2. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der „Vorwärts“ meldet: Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben gestern wie der sozialdemokratische Parlamentsdienst mitteilt, zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung Stellung genommen. Sie werden in den Kreisen der Gewerkschaften als vollkommen ungenügend betrachtet. Die Spitzenorganisationen haben deshalb in dringlicher Form sofort neue Verhandlungen mit der Reichsregierung gefordert.

Aus dem Ueberwachungsausschuß des Reichstags.

W. T. B. Berlin, 1. Sept. Im Ueberwachungsausschuß des Reichstages erklärte der Reichskanzler: Die Herren, die in Paris mit der Reparationskommission verhandelt hätten, könnten über Geist und Sinn der Entscheidungen der Reparationskommission eine zuverlässige Auskunft geben. Nach deren Rückkehr werde der Reichskanzler sobald als möglich die Parteiführer in die Reichskanzlei bitten, um mit ihnen die außenpolitische Lage zu besprechen. Ob das morgen abend schon geschehen könnte, sei im Augenblick noch nicht klar.

Dr. Rosenfeld (Unabh.) begründete den Antrag auf Einberufung des Ueberwachungsausschusses wegen der Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Regierung.

Der Reichskanzler sagte, nachdem ein gewisser Frieden erreicht sei, richte er auch an die bayerische Volkspartei die eindringende Bitte, auf die ihr nahestehende Presse maßgebend einzuwirken. Die Vereinbarungen mit Bayern werde er loyal durchführen. Den Ausführungen Dr. Rosenfelds (Unabh.) gegenüber erklärte der Reichskanzler, daß recht die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen werden sollten, könnte keinesfalls geschehen. Die Lebensnotwendigkeiten des Reiches seien jetzt in erster Reihe vom politischen Standpunkt aus zu betrachten. Da gemäß dem Punkt, das in der Weimarer Verfassung Erreichte, die Vereinbarungen der Reichsregierung mit der bayerischen Regierung bedeuteten keinesfalls die Aufgabe der Hoheitsrechte des Reiches oder eine Verzögerung Bayerns gegenüber den anderen deutschen Ländern. Es seien bei Bayern die betreffenden Maßnahmen im Rahmen mit der bayerischen Regierung vereinbart worden. Des sei nicht mit einem Aufgeben der Hoheitsrechte gleichzusetzen.

Der Reichsjustizminister Dr. Brüning betonte, in den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung habe man sich bei aller Schöpfung, die man den bayerischen Wünschen zuteil werden lassen wollte, dennoch in zwei Punkten nicht abfinden lassen. Erstens habe es die Reichsregierung abgelehnt, die Schranken der Staatsgewalt durchbrechen zu lassen, zweitens sei jeder Reichsjustizminister energischer Widerstand geleistet worden. Der Reichsjustizminister bekräftigte nunmehr in bis in einzelne abendlichen juristischen Ausführungen diese Ansicht. Er betonte am Schluß, bei der Durchführung der Schutzgesetze sollten durch rege persönliche Fühlungnahme zwischen dem Reich und Bayern nach Möglichkeit alle Reibungen vermieden werden.

Der Reichsminister des Innern Dr. Köster führte aus: Wir haben nicht über die Anerkennung, sondern über die Ausführung der Schutzgesetze verhandelt. Die getroffenen Abmachungen gelten für alle Länder. Ich stelle fest, daß in den schriftlichen Vereinbarungen — und daneben gibt es keine anderen — die Grenze nicht verlegt ist. Es ist lediglich dasjenige ausführlich festgelegt, was zum Teil schon in der Reichsverfassung mündlich für die Ausführung ausgearbeitet wurde. Die Exekutive nach dem Reichsministerialbescheid steht nach wie vor. Die Reichsregierung ist nicht abgewichen von der Bindung, die ihr die Verträge des Reichstages auferlegen.

Der Vorsitzende Abg. Scheidemann stellte zum Schluß fest, daß der Antrag nicht vorliege, und daß der Ausschuß mit den gehörten Erklärungen die Angelegenheit zunächst für erledigt betrachte. Die nächste Sitzung ist am nächsten Dienstag 12 Uhr (Verhandlungsausschuß).

Graf Verheulden über die Berliner Abmachungen.

W. T. B. München, 1. Sept. Bei der Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung in Karlsruhe vom Ministerpräsident Graf Verheulden in seiner Eröffnungssprache auch auf innenpolitische Fragen zu sprechen. An die Sitzungsabmachungen in München anknüpfend sagte er über die Berliner Abmachungen u. a.: Sollten wir wegen ein paar Schicksalsfehler, die ihnen noch anhaften, einen Verfassungskonflikt vom Zaun brechen in dem Augenblick, wo das Ausland auf Deutschlands Uneinigkeit innerer? Ich sehe nicht an zu sagen, daß ein Staatsmann, der das gemacht hätte, in der ganzen Geschichte als ein Schädling des deutschen Volkes bezeichnet worden wäre. Zum Schluß betonte Verheulden, daß die Bedeutung der Berliner Abmachungen in der Hauptsache darin liege, daß nach den bestimmten Zusicherungen der Reichsregierung nunmehr mit der Zentralisierung endgültig Schluß gemacht worden sei.

Ein schwerer Zusammenstoß in Oberkassel.

W. T. B. Paris, 1. Sept. Nach einer Hausmeldung aus Brüssel hat sich heute früh 1½ Uhr in Oberkassel am Rhein ein erster Zusammenstoß ereignet. Eine belgische Wache sei durch Revolvergeschüsse getötet worden. Ein belgischer Genhar, der ihr zu Hilfe kam, sei ebenfalls getötet worden. Eine Wache, die einrückt, habe bemerkt, daß einige belgische Soldaten über Kopf davonliefen. Sie sei in einige noch offene Lokale eingedrungen und habe unversehrt und Verwundene festgenommen. Die Untersuchung gehe weiter. Die belgische Regierung habe General Kucanov den Befehl gegeben, in der ganzen Stadt Hausdurchsuchungen vorzunehmen zu lassen und habe ihn beauftragt, den belgischen Zivil- und politischen Behörden mitzuteilen, daß, wenn die belgischen nicht innerhalb sechs Stunden verhaftet sein sollten, man die Behörden verhaften werde und daß weitere Maßnahmen folgen werden, wenn man nicht Genugtuung erhalte. Außerdem habe der Minister des Innern Tassin den belgischen Geschäftsträger in Landovera zu sich berufen und einen energischen Protest im gegenseitigen Ausgesprochen. Er habe ihn aufgefordert, den Protest der belgischen Regierung scharf gegen die deutsche Regierung zu telegraphieren und habe Entschuldigungen von der deutschen Regierung verlangt unter Vorbehalt weiterer Sanktionen. Der belgische Delegierte bei der internationalen Rheinlandkommission habe telegraphisch den Befehl erhalten, daß er die Rheinlandkommission Maßnahmen vorlegen solle, die ergriffen werden sollen, um die Sicherheit der belgischen Truppen sicherzustellen. Diese Maßnahmen seien im Verlauf einer Besprechung zwischen den Ministern Tassin und Devere beschlossene worden.

Aus den vorliegenden Meldungen ist über das Notiz der Tat, über die Täter und die näheren Umstände nichts Sicheres zu erfahren. Es bedarf der besonderen Versicherung nicht, daß der Mordmord, wenn ein solcher begangen wurde, gleichgültig, an wem er begangen wird, die schärfste Sanktion verdient. Eine sofortige Aufklärung liegt nicht nur im belgischen, sondern auch durchaus im deutschen Interesse.

Am Brüssel, 1. Sept. Um 6 Uhr abends traf aus Oberkassel die Nachricht ein, daß mehrere Verhaftungen vorgenommen worden seien. Wenn sich unter den Verhafteten der Mörder des Sergeanten Stak und des Soldaten Borawski befindet, wird man zur Verhaftung des diensttuenden Bürgermeisters und des Polizeikommissars schreiten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verboten.

W. T. B. Berlin, 1. Sept. Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Das Ministerium des Innern hat das Erscheinen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ auf eine Woche verboten wegen eines in der Nummer vom 1. September, morgens, erschienenen Artikels „Keine Missionen“ und wegen eines in der Abendnummer des gleichen Tages erschienenen Artikels „Unannehmbar und undiskutabel“.

Die Brennstoff- und Lebensmittelversorgung Wiesbadens im kommenden Winter.

Die Maßnahmen des Magistrats. — Bildung einer Notstandskommission. — Die Wiesbadener Sozialdemokraten vor der Regierung. — Eine Debatte über Valutazuschläge.

Eine dringliche Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion gab dem Stadiparlament in seiner Sitzung am Freitag Veranlassung, sich über die wirtschaftliche Not im allgemeinen und auch über die Maßnahmen zu beschreiben, die ergriffen werden sollen, um die Versorgung Wiesbadens mit Brennstoffen und den sonstigen lebensnotwendigen Gegenständen im kommenden Winter sicherzustellen. Die Anfrage hatte folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft über die Maßnahmen, welche der Magistrat getroffen hat oder zu treffen gedenkt, um angesichts der Verhältnisse für die Bürgerschaft den Bedarf an Brennstoffen (Holz, Kohle usw.) zu angemessenen Preisen sicherzustellen.

Stadtp. Bille (Soz.) führte in Begründung der Anfrage aus: Das ungeheure Anschwellen der Preise in den letzten Wochen hat alle Berechnungen wegen der Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen über den Haufen geworfen und zweifellos drängt sich jedem die bange Frage auf, was soll im Winter werden? Man kann sagen, daß zur Eindeckung des Winterbedarfs für eine Familie eine Durchschnittssumme von 30000 bis 40000 M. notwendig ist. Wer ist aber in der Lage, diese Summe aufzubringen? Aber selbst, wenn man das Geld hätte, so fällt das Finden immer noch sehr schwer, weil eben nichts mehr da ist. Die Kohlen sind noch nicht ganz auf die letzten Marken geliefert worden, und Holz ist überhaupt nicht zu haben. Es ist daher Aufgabe des Magistrats, Vorkehrungen zu treffen, daß genügend Mengen Holz und Kohlen herangebracht werden, so weit dies möglich ist. Außerdem muß dafür gesorgt werden, daß die Hausbesitzer, die nicht ausreichten in dem Besitz des erforderlichen Geldes für die Eindeckung sind, in die Lage gesetzt werden, dies zu tun, sei es durch Gewährung von Krediten oder Ähnliches. Nach einem noch zu bestimmenden Zahlungsmodus ist dann die Summe wieder abzurufen. Um die schwerste Not zu beheben, kann durch Vermitteln von Gasol, den Wiesbaden selbst fabriziert, mit Kohlenbriketts, die zu haben ist, ein Brennstoff beschaffen werden, der über das Schlimmste hinweghelfen wird. Es muß Aufgabe des Magistrats sein, Brennstoffe heranzuschaffen, wenn man im Winter eine Katastrophe vermeiden will. Aber auch die Kartoffelversorgung muß von der städtischen Verwaltung ins Auge gefaßt werden. Ein wirtschaftlicher Rückschlag würde sonst Komplikationen heraufbeschwören, die in ihrer Tragweite jetzt noch gar nicht zu übersehen sind. Es muß daher alle Vorkehrungen getroffen werden, um das Schlimmste zu verhüten.

Bürgermeister Travers

entgegnete: „Es wird notwendig sein, daß sich Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung in Verbindung setzen, um zu beraten, welche Maßnahmen für den Winter getroffen werden müssen. Die Verhältnisse haben sich in den letzten Wochen geradezu katastrophal verändert, wie es sich aus dem Dollarkurs ergibt. Die dadurch hervorgerufene Not hat die Reichsregierung veranlaßt, sich mit den gewerkschaftlichen Deutschlands in Verbindung zu setzen, um die Frage, wie die Lebensmittelversorgung sichergestellt werden kann, zu beraten. In der Kohlenversorgung hat der Reichsjustizminister bereits jetzt darauf hingewiesen, daß durch die Kohlenlieferungen an die Entente rationierte Kohle, die an die Bevölkerung abgegeben werden kann, nur in geringem Umfang gehalten werden, die noch frei sind, und in dieser Beziehung wird der Vorschlag der Württemberg von Koks und Kohlenbriketts bestimmt greifbare Form annehmen. Der Magistrat ist gewillt, in Verbindung mit dem Handel alles zu tun, um die erforderlichen Kohlenmengen heranzubekommen. Der Magistrat hat bereits für diesen Winter Holz in einer Menge von 200000 Zentner gekauft, das für den Verbrauch der Bevölkerung Wiesbadens bestimmt ist, so daß auf jeden Haushalt ungefähr 6 Zentner Holz kommen dürften. Wir werden ferner bemüht sein, dieses Holz möglichst billig abzugeben. Auslandschiffe kommen für die Versorgung der Bevölkerung überhaupt nicht in Frage, denn in Anbetracht des Standes der Haupt wird von den Händlern ein Preis von 6 Franken für den Zentner gefordert. Die Stadtverwaltung muß es ablehnen, Käufer in ausländischer Währung abzugeben, da dies den Zusammenbruch der deutschen Währung bedeuten würde, wie dies auch bereits in einem Artikel des „Wiesbadener Tagblatt“ eingehend dargestellt worden ist. Das sind im großen und ganzen die Aussichten für die Versorgung mit Brennstoffen. Es wird unangehmer sein, in diesem Winter die erforderlichen Brennstoffe und Lebensmittel zu bekommen. Die Kartoffelversorgung, die im allgemeinen günstig beurteilt werden kann, steht in Wiesbaden infolge in Gefahr, weil sich hier viele valutarische Ausländer aufhalten, und die Gefahr besteht, daß die Kartoffeln ins Ausland wandern werden. Der Magistrat hat sich diesbezüglich bereits an die Regierung gewandt und ersucht, daß ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln erlassen wird und nur konfessionelle Aufkäufer Kartoffeln einführen können. Im übrigen sind die Verhandlungen bezüglich der Kartoffelversorgung und auch der Kohlenversorgung nach nicht zum Abbruch gelangt, die mit verschiedenen Händlern außerhalb Wiesbadens nach den Bestimmungen des Reichs-ernährungsministers geführt werden. Es wird dem Magistrat eine große Erleichterung sein, wenn sich die Stadtverordneten-Versammlung bereit erklären würde, zur Veranlassung dieses gesamten Komplexes von Fragen sich auch ihrerseits zur Verfügung zu stellen durch die Entsendung von einigen Vertretern aus der Stadtverordneten-Versammlung in eine Kommission, die diese Fragen zu prüfen hat.“

Der Magistrat beabsichtigt, eine Notstandskommission vorzunehmen für diejenigen Personen, die nicht in der Lage sind, sich die nötigen Vorräte an Kohlen und Kartoffeln für den kommenden Winter zu sichern. Durch Vorhülle soll es ermöglicht werden, dies zu tun.

Als Klage vor, daß 5 Mitglieder aus der Stadtverordneten-Versammlung gewählt werden, und zwar dies sofort, die dann die sogenannte Notstandskommission bilden würden, zu der noch die Vertreter des Wohlfahrtsamts, Armenamts und des Arbeitsamts sowie einige Mitglieder des Magistrats kommen würden, so daß bereits nächste Woche eine Sitzung unter meinem Vorsitz stattfinden könnte.

Gegenüber von Ausführungen des Stadtp. Sander betonte dann noch der Bürgermeister, daß in den Kreisen der Bevölkerung keine Unruhe über die Brotversorgung zu herrschen braucht, denn die Kohlen für das Badergewerbe würden unter allen Umständen geliefert werden, und der Magistrat wird alles unternehmen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Brot sichert wird.

Stadtp. Greis (U. S. V.) forderte, daß sich alle Parteien zusammenschließen in dem Kampf gegen eine kleine Gruppe, die die Not eines Volkes vernichten, um sich zu bereichern. Wenn nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen würden, dann müßte seine Partei die Folgen, die kommen werden, ablehnen; denn wenn im Winter die Versorgung der Bevölkerung versagen sollte, dann würden wir vor sozialen Unruhen, die auch in ihrer elementaren Natur die brennenden Elemente mitreißen würden.

Stadtp. Lieder (Soz.): Die Wiesbadener Sozialdemokratie ist bei der Regierung vorstellig geworden und hatte mit ihr eine Besprechung unter Jugendbezug verteilten Forderungen und Vorschläge, die die Reichsregierung mit den deutschen Gewerkschaften in Berlin beraten hat. Wir müssen dafür sorgen, daß von allen Teilen des Reichs die Regierung Unterstützung findet, damit sie sich auch auf die Hilfe der weitesten Schichten des Volkes berufen kann. In den Besprechungen unserer Vertreter mit den Regierungsstellen wurde zuerst die Brotversorgung eingehend beraten. Es wurde dabei betont, daß das Brot nicht mehr so ist, wie es sein soll, und es wurde verlangt:

1. Verbot des Bäckens von Weißbrot.
2. Es muß eine Kontrolle stattfinden, wie die einzelnen Bäder das ihnen zugewiesene Mehl verwenden; ob es auch für den gedachten Zweck verbraucht wird.
3. Mit Bezug auf die Preisbildung muß in den einzelnen Städten eine Kontrolle vorgenommen werden, wie diese Preisbildung vor sich geht. Es ist selbstverständlich, daß durch den Sturz der Welt die Preise in den meisten Fällen in ungerechtfertigter Weise heraufgehoben worden sind.

Ich weiß, daß diese Kontrolle ungeschweizer Schwierigkeiten bietet, es muß aber alles zusammenwirken, um die großen Uebel, die an unserem Volk nagern, zu bekämpfen. Im Anfang war die Tat; es muß einmal begonnen werden, aus der Praxis werden sich dann schon die richtigen Formen ergeben.

Den Abschluß der Debatte bildete die Wahl der Kommission, die sich aus den Herren Stadtp. (Zentr.), Lieder (Soz.), Reinsperger (U. S. V.), Baum (Dem.) und Sander (D. V.) zusammensetzt, um bereits nächste Woche zu einer Beratung mit Mitgliedern des Magistrats unter dem Vorsitz des Bürgermeisters zusammenzutreten.

Im Verlauf der weiteren Beratungen der Sitzung wurde auch bei einem Punkt der Tagesordnung die Frage der Valutazuschläge

aufgeworfen. Stadtp. Schuber (Soz.) meinte, wenn man den Ausverkauf, wie er in der letzten Zeit stattgefunden hat, betrachtet, so bildet dieser geradezu eine Gefahr für die einkaufende Bevölkerung. Es muß unbedingt dazu übergegangen werden, daß auch von Seiten der Stadtverwaltung Valutazuschläge erhoben werden. Bei den Baderpreisen und den sonstigen Gebühren ist dies sehr gut anging.

Beigeordneter Dr. Scherl betonte demgegenüber, daß sich die Stadtverwaltung bereits in der Frage der Valutazuschläge an die Rheinlandkommission und auch an den Reichskanzler gewandt habe. Es wurde der Beisatz gegeben, daß zwar Valutazuschläge von privaten Geschäftseigenen, abgesehen von den Angehörigen der Behörde, sehr wohl verlangt werden können, doch stand man auf dem Standpunkt, daß eine Stadtverwaltung unbedingt davon abzusehen hat. — Auf die Entgegnung des Stadtp. Krüde (D. V.), daß doch die Veranlassungen des Kurbanke usw. ebenso auf von privaten Geschäftseigenen ausgeführt werden könnten, und die Stadt dann zur Erhebung von Valutazuschlägen auch berechtigt sein müßte, erklärte der Beigeordnete, daß nach seiner persönlichen Meinung dies ja wohl ausginge, daß aber aber technische Schwierigkeiten gegenüberständen, die die Sache jedenfalls nicht so lohnend machen würden, wie sie aussieht. Außerdem ist es immer noch fraglich, ob die Rheinlandkommission die Genehmigung hierzu erteilen würde. Bei der Kuria z. B. käme ein Valutazuschlag nicht in Frage, da diese als eine rein städtische Gebühr angesehen ist.

Infolge der Geldentwertung und der sich hieraus ergebenden Erhöhung der Materialkosten, Löhne und Gehälter müßte die Stadtverordneten-Versammlung auch mehrere Erhöhungen bewilligen. Die Baderpreise wurden im Kaiser-Friedrich-Bad durchschnittlich um 20 Prozent bis 40 Prozent erhöht, während die Erhöhung in den Baderbadeanstalten in mäßigen Grenzen hält. Die Kuria wurde um 100 Prozent erhöht. Die Behälterungssteuer wurde durch die Geldentwertung infolge neu geregelt, als ein jährliches Gesamtentgelt bis 25 M. steuerfrei bleibt. Von 25 M. bis 250 M. werden 10 Prozent, und über 250 M. 20 Prozent erhoben. Die Erhöhung der Pflanzgelder im städtischen Krankenhaus sowie Altersheim und Baderhaus am Schächerhof wurde ebenfalls bewilligt. Von jetzt an wird bei diesen Anstalten ein Wechsel auf Grund einer allgemeinen Stala eingeführt werden. Der Pflanzgelder richte sich nach dem Lohn eines ungelernten Arbeiters, der jetzt 220 M. beträgt, erhöht sich dieser Lohn, werden auch die Pflanzgelder erhöht, sollte er sich erniedrigen, dann tritt dieselbe Veränderung nach unten auch bei den Säben der Anstalten ein. Bei der 3. Klasse werden jeweils 63 Prozent des Lohns des ungelernten Arbeiters verlangt werden, in der 2. Klasse 150 Prozent und in der 1. Klasse ca. 200 Prozent. Doch erhöhen sich in den beiden höheren Klassen die Säbe dadurch, als besondere Ansprüche bedeutend höher als bisher bezahlt werden müssen.

Der Beitrag der Hausbesitzer zu den Kosten der Straßensanierung in der Karstraße, Labuistraße, Matter Straße und Bierhader Straße, die Kleinfütterung erhalten sollen, wurde auf ein Drittel der wirklichen Kosten herabgesetzt. — Die Deckgebühr für Flegen wurde auf 60 M. und für Räte auf 400 M. erhöht. — Der Ankauf von Gelände im Distrikt „Borberberg“ (Gemeinde Biedrich) in Größe von 36 Ar 11 Quadratklafter zu 21600 M., wurde bewilligt, ebenso der Ankauf des Sportplatzes an der Frankfurter Straße für 819150 M. — Die Kosten für den Umbau des ehemaligen Museums hatten sich gegenüber dem Voranschlag um 67000 M. erhöht, diese wurden angenommen, desgleichen wurden für den Umbau des Betriebsgebäudes auf dem alten Friedhof (Trauerhalle, Leichenhalle, Raum für Geflügel usw.) 325400 M. bewilligt und für die Schaffung einer neuen Toranlage und die Errichtung der Einfriedigung am Nordfriedhof 32640 M. sowie 1901000 M. für den weiteren Ausbau des Südfriedhofs (1403000 M. waren bereits im Haushaltsplan dafür eingeplant worden). Für die Errichtung von Schuttschuttern im Nero- und Dombachal wurden im gesamten 19000 M. ausgemessen. — Die Behandlung der Hohenentwertung von städtischen Beamten und Annehmlichkeiten wurde von der Tagesordnung abgelehnt. — Die Umwandlung

Am 11. September 1922, vormittags 10 Uhr, werden an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 92, zwei Ackergrundstücke von 18 ar 85 qm (Schöne Aussicht, 2. Gewinn) und von 14 ar 3 qm (Hinter'm Haingraben, 4. Gewinn), der Gemarkung Wiesbaden, zwecks Aufhebung der Gemeinschaft zwangsweise versteigert. F250

Wiesbaden, den 30. August 1922.

Das Amtsgericht, Abt. 8.

Bauplag-Verkauf.

Das an der Fritz-Kalle-Straße in Wiesbaden belegene Baugrundstück, Kartenblatt 130, Parzelle 45, in Größe von 20,72 ar, soll öffentlich unter den im Termin bekannt gegebenen Bedingungen zum Verkauf ausgeteilt werden.

Termin hierzu ist angesetzt auf Montag, den 11. September d. J., vorm. 10 Uhr, an Ort und Stelle (Gärtnerei Belsch). F142

Wiesbaden, den 1. September 1922.

Preuß. Domänen-Kontamt.

Milchpreiserhöhung.

Der Kleinhandelspreis für Milch wird ab Sonntag, den 3. September, auf 28.— Mark für das Liter, ab Verteilungskasse erhöht. F253

Wiesbaden, 2. September 1922.

Der Magistrat.

Jagdverpachtung.

Samstag, den 16. Sept. l. J. nachmittags 1 Uhr

wird auf dem Gemeindehause dahier die etwa 1000 ha große Feldjagd hiesiger Gemarkung auf einen Bestand von 9 Jahren öffentlich verpachtet. Den Wildschaden trägt die Gemeinde. Die Bedingungen werden vor der Verpachtung bekanntgegeben. F287

Udenheim, 1. September 1922.

Herr. Bürgermeister Udenheim.
Zimmermann.

Zur gefälligen Kenntnissnahme.

Die Unterzeichneten geben hiermit bekannt, daß sie gezwungen sind, durch die fortwährend steigenden enormen Holzpreise sowie Arbeitslöhne, ihre Arbeiten und Lieferungen entgegen der Listenpreise vom 1. April um 150 % zu erhöhen, und bitten die werthe Kundschaft und Interessenten davon Kenntnis nehmen zu wollen.

Wiesbaden, den 1. September 1922.

Wagnervereinigung Wiesbaden

Wagnerzwangsinnung, Landkreis Wiesbaden.

Möbiliar-Versteigerung

in Frankfurt a. M.

Schillerstraße 11a

Dienstag, 5. September,
vorm. 10 Uhr.

Boulesalon, Pfeilerschrank m. Bronzebeschlag, Tisch, dgl. Sofa, 2 Sessel, 6 Stühle, 2 Blatt Portieren, gr. Spiegel,

Speisezimmer, Frühstückszimmer, Wohnzimmer, kompl. Kino-Vorführungsapparat, Klavier etc.

Rud. Bangel G.m.b.H.
Frankfurt a. M., Schillerstraße 11a.

Besichtigung:

F200s

Montag, 4. September, von 10—1 Uhr.

8ung! — 8ung!

Langenbecker — Hasengartener Korb!

Sonntag, den 3. Sept., 3 Uhr,

„NASSAUER BIERHALLE“, Frankfurter Str. 23:

ERNTEFEST mit Kinderspielen,

Tanz, Rummel etc.

Das Komitee.

2—3 Zimmer

in guter Lage von

Arzt

gesucht. Offerten unter J. 777 an den Tagblatt-Verlag.

Bekanntmachung.

Infolge der ständigen gewaltigen Verteuerung aller Rohprodukte und der sonst erforderlichen Materialien, in Verbindung mit den ungeheuren Steigerungen der Löhne und Gehälter, sind wir leider genötigt, den Preis des Flaschenbieres abermals zu erhöhen. Derselbe wurde, im Einvernehmen mit den Brauerei-Verbänden von Mainz, Worms, Darmstadt, Gießen, Frankfurt a. M., Limburg und Koblenz, auf

Mk. 16.— pro Flasche zu ca. 1/2 Liter

für den Selbstverbraucher festgesetzt. Das Flaschenpfand beträgt, wie seither Mk. 2.— pro Flasche.

Bereinigung der Brauereien von Wiesbaden u. Umgebung.

Preise für markenfreies Gebäck

ab Montag, den 4. September 1922.

Wasserweck u. Brötchen 5 Mk.

Markenfreies Brot 90 Mk.

Bäcker-Innung Wiesbaden

Bereinigte Broffabriken zu Wiesbaden.

Die neuen Namen

der amerikanischen Regierungsdampfer
der United States Lines

George Washington

America

President Arthur

President Roosevelt

President Harding

President Adams

President Monroe

President Van Buren

President Garfield

President Polk

President Fillmore

Sasquehanna.

Regelmäßige Abfahrten von Bremen, über Cherbourg und Southampton nach New York.

Diese schönen, sicheren und ruhig laufenden Ozeandampfer bieten höchsten Komfort, reine, gut ventilierte Zimmer und in allen Klassen eine an Reichhaltigkeit unübertroffene Küche.

Verlangen Sie Segelpläne und Schiffspläne von untenstehender Adresse.

UNITED STATES LINES

BERLIN W 8

Unter den Linden 1

WIESBADEN

Wilhelmstr. 56

und alle bedeutenden Reisebüros.

Norddeutscher Lloyd, Bremen

General-Vertretung

© 1922



Herrschaftsmöbel

ganze Einrichtungen, einzelne Stücke, ganze Nachlässe, Aufstellbänke, Teppiche, Porzellane usw. zahle ich zeitgemäße Preise.

Jakob Zimmermann

18 Nerostraße 18.

Telephon 3253.

18 Nerostraße 18

Taxieren für Herrschaften kostenlos.

Restaurant „Germania“ Platter Str. 172.

Schlachtfest!

Es ladet freundlichst ein

Fr. A. Ritzel.

Süßer Apfelmost

empfohlen 846

Obstweinkultur Fr. Heinrich

Bücherstr. 24. Tel. 1914.

Tafelbirnen

frisch vom Baum, zu Erzeugerpreisen. Reith, Doh-

beimer Straße 88, 1.

Neues Fahrrad

1. 6500 Mk. zu verkaufen.

Ramin, Schulstraße 6.

Sehr gutes schwarzes

Pianino

und eine solide eichene

Speisezimmer-

Einrichtung

preiswert zu verkaufen.

Kannenberg,

12 Drannenstraße 12,

im „Adler-Haus“

Gebrauchte Ladentische

zu kaufen gesucht. Stern,

Wellstr. 35.



Die
Haushaltseife
mit 80% Fett,
ganz trocken,
daher die
Sparsamste.

VEREINIGTE
SEIFENFABRIKEN STUTTGART
STUTTGART-UNTERFÜHRINGEN

F78

Achtung! Achtung!

Apfelweinwirte!

Zur Regelung der Obstverkaufspreise und Ausschankmindestpreise laden wir dringend zu einer Besprechung am Dienstag, den 5. September 1922, nachmittags 4 Uhr, bei Kollege Gilles, „Drei Könige“, Marktstraße 26, ein.

Die Einberufer.

1919er, 1920er

Rheingauer, Rheinhessische
und Pfälzer Flaschenweine

gibt noch preiswert ab

F44

Carl Bronner, Mannheim

Weingroßhandlung

B. 5, 9.

Tel. 5967.

Autovermietung

Telephon 501.

Offene und geschlossene Privat-

wagen nach jeder Richtung. 829

Garage GRÜN

7 Taunusstrasse 7.

Laden-Einrichtung

für

Lebensmittel-Geschäft

per sofort

zu kaufen gesucht.

Off. mit Preisangabe u. D. 774 an Tagbl.-Verl.

Ladentisch

(Tische) mit od. ohne Auf-
satz, ca. 5 m lang, zu kau-
fen. Wiesinger, Taunus-
straße 3.

Man sucht zu kaufen, fast

neues

Wanderer-

Motorrad

mit Beiwagen. Off. unt.

W. 780 Tagbl.-Verlag.

Wer nimmt Weihnachtsgeschenke

an von Privat? Offerten

unter S. 778 an den

Tagbl.-Verlag.

Ein oder zwei

möbl. Zimmer

in der Nähe d. Bahnhofs

zur sofortigen Verlehn.

Off. u.

S. 778 an den Tagbl.-Verl.

An berufen. Herr od.

Dame ein mit ein-
richtiges

Manjardenzimmer

in bester Lage zu verm.

Offerten unter J. 776

an den Tagbl.-Verlag.

Monatlich, gel. Schweizer.

Schwalbacher Str. 55, 1.

Bergessen

in der Elektrischen, Richt.

Sonnenberg, am 28. Aug.

eine Reisehandtasche

mit Inhalt. Um Rück-

erstattung gegen Belohn.

wird gebeten.

Hotel „Continental“.

Zimmer 1.

Gilb. Damen-Uhr

verloren.

Gegen sehr gute Belohn.

abzugeben beim Portier

Hotel „Bärenhof“.